

**BUNDESKANZLERAMT**  **VERFASSUNGSDIENST**

GZ • BKA-600.558/0001-V/8/2012  
ABTEILUNGSMAIL • V@BKA.GV.AT  
BEARBEITER • FRAU MAG. ELISABETH WUTZL  
PERS. E-MAIL • ELISABETH.WUTZL@BKA.GV.AT  
TELEFON • +43 1 53115-20244  
IHR ZEICHEN • BMWFJ-540102/0027-II/4/2012

An das  
Bundesministerium für  
Wirtschaft, Familie und Jugend  
Stubenring 1  
1010 Wien

Antwort bitte unter Anführung der GZ an die Abteilungsmail

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienberatungsförderungsgesetz geändert wird;  
Begutachtung; Stellungnahme**

Zu dem mit der do. oz. Note übermittelten Gesetzesentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

**I. Allgemeines:**

Es wird angeregt, bereits im Anschreiben einen Hinweis aufzunehmen, ob bzw. inwieweit das Vorhaben dem Konsultationsmechanismus (vgl. die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999) unterliegt. Bejahendenfalls ist gemäß Art. 1 Abs. 4 der erwähnten Vereinbarung eine Frist zur Stellungnahme von mindestens vier Wochen vorzusehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Übereinstimmung des im Entwurf vorliegenden Bundesgesetzes mit dem Recht der Europäischen Union vornehmlich vom do. Bundesministerium zu beurteilen ist.

## II. Legistische und sprachliche Anmerkungen

### Zum Einleitungssatz:

Zusätzlich zur letzten formellen Novellierung des zu novellierenden Bundesgesetzes sollte auch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2009, BGBl. I Nr. 3/2009, angeführt werden. Gemäß dieser Novelle in Verbindung mit § 16a des Bundesministeriengesetzes 1986 gelten nämlich die in Bundesgesetzen enthaltenen Ressortbezeichnungen als geändert (vgl. sinngemäß Punkt 1.3.6. des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 1. März 2007, GZ BKA-601.876/0006-V/2/2007<sup>1</sup>, betreffend Bundesministeriengesetz-Novelle 2007; legistische Implikationen).

Es würde ausreichen, den Kurztitel des zu novellierenden Gesetzes anzuführen:

„Das Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. (...) wird wie folgt geändert:“

### Zu Z 1. (§ 4 Abs. 4):

Die Wortfolge „und entsprechend § 8 Abs. 3 Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005, in der jeweils geltenden Fassung“ erscheint redundant und kann entfallen.

Zudem wird angeregt, im Normtext auszuführen, die Beseitigung welcher Barrieren – bauliche oder sonstige – in die Bemessung der Förderung miteinbezogen werden sollte.


Diese Stellungnahme wird im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 6. Juli 1961 auch dem Präsidium des Nationalrates zur Kenntnis gebracht.

9. Jänner 2013  
Für den Bundeskanzler:  
HESSE

**Elektronisch gefertigt**

---

<sup>1</sup> <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=26000>

Signaturwert	dSQp1uICGNAedyerE4YW1eKYcQyzw5lgvsBj8DCUJEs9U0fhA6zzcXSy7g/uFhzbtt g1OzMUITuJMhgxsRDxDbV3UaBL80o3e1+QWGa8zQF7scad3kAS4fMVPsA62EW8F+i0j cdmSM0I4W8E+9lBWeC/kCYs5e07ySkB6THG98=	
	Unterzeichner	serialNumber=962181618647,CN=Bundeskanzleramt, O=Bundeskanzleramt,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2013-01-09T12:35:45+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate- light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	294811
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="http://www.signaturpruefung.gv.at">http://www.signaturpruefung.gv.at</a> Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://www.bka.gv.at/verifizierung">http://www.bka.gv.at/verifizierung</a>	